

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 28

Sitzungsleitung: OB Dr. Zinell

Anwesend: Banholzer
Bauknecht (bis TOP 9)
Bendigkeit
Böhler
Brantner
Braun
Flaig
Hettich
Khazzoum
Pfundstein
Roth
Schneider
Teufel
Dr. Winter
Fahrner
Prof. Dr. Frommer
Klaussner
Much
Ringl-Klank
Aberle
Dr. Heinrich (ab TOP 4)
Kuhner
Neudeck
Rapp
Brezger (zu TOP 1)
Himmelheber (ab TOP 2)
Mahlke
Richter
Rohrer

Mit beratender Stimme: Ortsvorsteherin Schmid

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 28

Tagesordnung:

1. Ausscheiden von Frau Stadträtin Elke Brezger aus dem Gemeinderat
2. Nachrücken von Herrn Martin Himmelheber
3. Neubesetzung von Ausschüssen, Beiräten und Gremien
4. Raumkonzept für die GHWRS Tennenbronn
- Vorstellung und Beschluss der Konzeption
5. Erschließung Gewerbegebiet „Lienberg III“ – 1. BA
- Sachentscheidung
6. Ökokonto „Pferschelwiesen“
- Änderung des FN 1998 der VVG Schramberg
- Billigung der Planung
7. Bebauungsplan „Änderung und Erweiterung Brunnen“ mit örtlichen Bauvorschriften
- Festlegung Vorentwurf
8. Vorbereitung OB-Wahl
9. Bäderkonzeption Schramberg
10. Prüfungsbericht und Feststellung des Jahresabschlusses 2004 Stadtwerke Schramberg Eigenbetrieb e.K.
11. Schlussbericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2004 der Stadt Schramberg und Feststellung der Jahresergebnisse
12. Allgemeine Finanzprüfung der Stadt Schramberg und der Eigenbetriebe
- Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) vom 22.2.2006
13. Bürgerfragestunde
14. Bekanntgaben, Anfragen und Anregungen

Beginn der öffentlichen Sitzung: 18.00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 20.50 Uhr

Die Beratung umfasst die §§ 19 -32

Zur Beurkundung

Vorsitzender:

Gemeinderat:

Schriftführer:

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 19

Ausscheiden von Frau Stadträtin Elke Brezger aus dem Gemeinderat

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 34/2006

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Es wird festgestellt, dass Frau Stadträtin Elke Brezger nach § 16 Abs. 1 der Gemeindeordnung auf ihren Wunsch aus dem Gemeinderat ausscheiden kann.

OB Dr. Zinell:

verabschiedet Frau Brezger aus dem Gemeinderat. Die Ausführungen sind in der Anlage beigefügt.

StR Neudeck:

verabschiedet Frau Brezger für die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats. Die Ausführungen sind in der Anlage beigefügt.

StRin Brezger:

bedankt sich für das gute Miteinander im Gemeinderat und die gute Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister. Sie wünscht ihrem Nachfolger, Herrn Himmelheber, Kraft und Erfolg. Dem Gemeinderat wünscht sie weiterhin eine gute konstruktive Zusammenarbeit.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 20

Nachrücken von Herrn Martin Himmelheber

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 34/2006

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Es wird festgestellt, dass Herr Martin Himmelheber in den Gemeinderat nachrückt (§ 31 Abs. 2 der Gemeindeordnung), und dass Hinderungsgründe im Sinne des § 29 der Gemeindeordnung nicht bestehen.

OB Dr. Zinell:
verliert die Verpflichtungsformel.

Herr Himmelheber:
bestätigt die Verpflichtungsformel durch Handschlag und die Worte „Ich gelobe es“.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 21

Neubesetzung von Ausschüssen, Beiräten und Gremien

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 35/2006

Herr Moser:

verweist darauf, dass die geänderte Vertretung der Bürgerschaft im VHS-Beirat in der Vorlage noch nicht berücksichtigt sei.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Die Gremien werden in der vorgeschlagenen Form neu besetzt.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 22

Raumkonzept für die GHWRS Tennenbronn - Vorstellung und Beschluss der Konzeption

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 27/2006

Herr Hug:

berichtet über ein Gespräch beim Regierungspräsidium Freiburg. Danach ist eine der Gemeinde Tennenbronn gegenüber bewilligte Regelförderung in Höhe von 150.000 € und voraussichtlich auch eine ebenfalls gegenüber der Gemeinde Tennenbronn bewilligte Förderung aus dem Ausgleichsstock in Höhe von 250.000 € zu erwarten. Durch die Erhöhung der Baukosten sei keine höhere Forderung zu erwarten. Die Regelförderung orientiere sich am Raumbedarf und durchschnittlichen Baukosten.

Architekt Bihlmaier:

erläutert die von der Gemeinde Tennenbronn vor einigen Jahren in Auftrag gegebene Planung des Büros Moosmann und die Änderungen auf der Grundlage dieser Planungen. Er geht weiter auf die im Ausschuss für Umwelt und Technik eingebrachten Anregungen ein und zeigt eine Variante auf, in der das Behinderten-WC aus dem Lehrerbereich herausgenommen und im Bereich des jetzigen Hausmeisterzimmers angeordnet ist und in der der Zugang zu den Vorbereitungsräumen Physik/Chemie/Biologie neu geregelt ist. Wenn der Beschluss des Ausschusses umgesetzt werde, ergäbe sich die Möglichkeit das Lehrerzimmer zu vergrößern und einen Kopierraum zu schaffen. Zusammen mit der Verlegung des Behinderten-WC sei allerdings mit weiteren Mehraufwendungen in Höhe von ca. 53.000 € (brutto inkl. Nebenkosten). Er zeigt die zusätzlichen Aufwendungen auf. Die Baukosten würden sich dann auf ca. 845.750 € brutto inkl. Nebenkosten belaufen.

Herr Kammerer:

hat Bedenken gegen die Anordnung des Behinderten-WC mit Zugang direkt aus der Pausenhalle entsprechend der neuen Variante. Es gebe mehrere Möglichkeiten, das Behinderten-WC anderweitig unterzubringen. Die Vergrößerung des Lehrerzimmers sei ein berechtigter Gedanke.

OB Dr. Zinell:

Die Diskussion habe zum Ergebnis, dass die Einrichtung eines Behinderten-WC verschoben werden müsse auf die anstehende Sanierung der Schule.

StR Banholzer:

Wenn man sage, dass es andere Möglichkeiten für das Behinderten-WC gebe, müsse man diese Möglichkeiten auch aufzeigen. Er sei nicht der Meinung, dass das Behinderten-WC im Keller gut untergebracht sei. Dies wirke diskriminierend. Das Lehrerzimmer sei deutlich zu klein. Das Sekretariat sei dagegen größer als in den

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 22, Seite 2

Schulbaurichtlinien vorgesehen. Er fragt an, ob sich von der Bezuschussung etwas ändere, wenn man die Einrichtung des Behinderten-WC auf die Sanierung verschiebe.

OB Dr. Zinell:

Für die Sanierung erhalte man keine Schulbauförderung mehr. Allenfalls seien Mittel aus dem Ausgleichsstock denkbar.

StR Banholzer:

Wenn dem so sei, könne er eine Verschiebung mittragen. Man solle aber der Schule auch eine Perspektive geben. Die Planung der Vorbereitungsräume sei nun deutlich besser. Er fragt an, ob auch der Werkraum zum Förderrahmen gehöre.

OB Dr. Zinell:

Der Werkraum gehöre nur insoweit zum Förderrahmen, als er die Erweiterung betreffe.

StR Banholzer:

Wenn man beim Lager für den Werkraum eine doppelflügelige Tür vorsehe, sollte man dies sinnvollerweise auch beim Zugang zum Werkraum tun.

Architekt Bihlmaier:

Dies werde so vorgesehen.

StR Banholzer:

verweist darauf, dass der Zugang der Schüler zum Werkraum nicht durch den Maschinenraum führen dürfe. Er fragt nach der weiteren Terminplanung für Baumaßnahmen an der Schule.

OB Dr. Zinell:

Es gebe noch keine weitere Absprache über die Vorgehensweise

Herr Kammerer:

Man habe künftig ein Schulhaus, das als Ganzes behindertengerecht ausgebaut sei. Er sehe keine Diskriminierung, wenn dann das Behinderten-WC im Untergeschoss eingerichtet werde. Er zeigt im Untergeschoss Möglichkeiten zur Unterbringung des Behinderten-WC auf.

Herr Krause:

Wegen der weiteren Vorgehensweise müsse noch Grund gemacht werden. Weil man vermutlich auch eine energetische Sanierung durchführe, müsste beispielsweise auch abgeklärt werden, ob hierfür Bundeszuschüsse zur Verfügung stehen.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 22, Seite 3

StR Fahrner:

Es gehe heute um die Erweiterung der Schule und darum, die zugesagten Zuschüsse zu nützen. Es gehe noch nicht um eine Sanierung, die vermutlich wiederum ebenfalls nicht in einem Zug, sondern nur in mehreren Bauabschnitten möglich sein werde. Das nun vorgelegte Konzept sei schlüssig. Die Lösung mit dem Aufzug sei gut. Es sei auch richtig, dass man versuche, das Sekretariat unmittelbar angrenzend an die Pausenhalle zu planen. Richtig sei auch die Vorbereitungsräume so zu strukturieren, wie dies nun geschehen sei. Er hoffe, dass umgehend auch der desolate Physiksaal angegangen werden könne.

OB Dr. Zinell:

Der Physiksaal könne erst im nächsten Schritt angegangen werden.

BM-Stellvertreterin Schubert:

Die vorgestellte Planung sei gut. Die Generalsanierung der Schule müsse aber auch bald kommen und könne nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen, wenngleich diese Sanierung nochmals einen deutlich größeren Brocken darstelle. Sie solle in den nächsten zwei bis drei Jahren erfolgen. Man solle möglichst auch dabei die Fördermöglichkeiten des Ausgleichsstocks nutzen.

Rektor Nöhre:

bedankt sich bei Gemeinderat und Verwaltung, dass man sich bereits jetzt mit Vehemenz auf die Sache stürze. Die Planungen seien in allen Schritten mit der Schule abgestimmt gewesen. Bisher sei man bei Planungsüberlegungen immer gehemmt gewesen, weil immer im Vordergrund gestanden habe, dass die Sache möglichst nichts kosten dürfe. Deshalb sei etwa auch die ursprüngliche Lösung mit dem Behinderten-WC zustande gekommen, die allerdings alles andere als befriedigend gewesen wäre. Bei den Alternativmöglichkeiten sehe er auch noch Probleme. Er fragt der Integritätsmöglichkeit in die WCs.

Herr Krause:

zeigt auf, dass sich dieser Gedanke nicht realisieren lässt.

StR Rohrer:

fragt an, ob das WC jetzt gleich mitgebaut werden würde.

OB Dr. Zinell:

Das Behinderten-WC werde nicht bezuschusst. Es soll nun erst im Rahmen der Sanierung eingerichtet werden. Es mache Sinn zuvor noch genauere Prüfungen anzustellen. Eine Einrichtung im Untergeschoss halte er für machbar, zumal im Untergeschoss auch Klassenzimmer sind.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 22, Seite 4

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Der Planung des Büros Rapp und Bihlmaier vom 8.3.2006 zum Anbau an die GHWRS Tennenbronn mit den nachträglichen Änderungen (ohne Verwaltungsbe- reich und Behinderten-WC) wird zugestimmt.
2. Die Baumaßnahme soll im Jahr 2006 – möglichst in den Sommerferien – begon- nen werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Landeszuschuss verbindlich zu klären und die Sachentscheidung durch den Gemeinderat vorzubereiten.

Verteiler:
FB 3

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 28

§ 23

**Erschließung Gewerbegebiet „Lienberg III“ – 1. BA
- Sachentscheidung**

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 28/2006

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Die Sachentscheidung zur Durchführung der Baumaßnahme wird getroffen.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 28

§ 24

Ökokonto „Pferschelwiesen“
- Änderung des FN 1998 der VVG Schramberg
- Billigung der Planung

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 29/2006

Herr Kammergruber:

verweist darauf, dass im Flächennutzungsplan eine Teilfläche noch nicht dargestellt sei und zeigt diese auf.

StR Schneider:

wendet sich gegen diese bisher vergessene weitere Ausweisung. Wenn die Ausweisung entsprechend der ursprünglichen Planung erfolgt wäre, hätte er zugestimmt. Es sei nicht schön, wenn man kurz vor Ende noch um eine Fläche ca. 5 ha erweitere. Er sehe ein, dass Ausgleichsflächen nötig seien, dennoch sei die Ausweisung hier zu umfassend. Eine Begrenzung bis zum Weg wäre sinnvoll gewesen. Wenn man die Fläche vernässen wolle, müsse der Weg entfallen. Er werde sich bei den Beschlussvorschlägen Ziff. 2.1 und Ziff. 2.3 der Vorlage enthalten.

Der Gemeinderat beschließt bei 2 Enthaltungen:

Der Pflege- und Entwicklungsplanung „Pferschelwiesen“ des Büros factor gruen vom 09.07.2005 wird im Grundsatz zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Planungsarbeiten und Kostenermittlungen voran zu treiben.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, den erforderlichen Grunderwerb zu tätigen und mit den bewirtschaftenden Landwirten hinsichtlich bestehender Pachtverträge und einer späteren Nutzung entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

Der Gemeinderat beschließt bei 2 Enthaltungen:

Der Flächennutzungsplan 1998 der VVG Schramberg wird im Bereich „Pferschelwiesen“ im Rahmen der punktuellen Änderung fortgeschrieben. Die im Übersichtsplan vom 18.10.2001 (ergänzt am 01.03.2006) dargestellten Flächen werden im Flächennutzungsplan als „Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Erholung der Landschaft“ ausgewiesen.

Verteiler:

FB 2, 4

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 28

§ 25

Bebauungsplan „Änderung und Erweiterung Brunnen“ mit örtlichen Bauvorschriften - Festlegung Vorentwurf

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 30/2006

Herr Rosenbohm:

Nach der Beratung im Ortschaftsrat hat sich ergeben, dass Festsetzungen geändert werden müssen. Es geht insbesondere um Festlegungen zur Art der Bebauung. Er gibt als Tischvorlage Änderungen zur Vorlage aus.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Dem Bebauungsplan-Vorentwurf „Änderung und Erweiterung Brunnen“ vom 06.03.2006 mit Grünordnungsplan vom 28.02.2006 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das weitere Verfahren voran zu treiben.

Verteiler:

FB 2, 4

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 28

§ 26

Vorbereitung OB Wahl

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 36/2006

OB Dr. Zinell rückt bei diesem Tagesordnungspunkt wegen Befangenheit vom Sitzungstisch ab und nimmt im Zuhörerbereich Platz. Die Sitzungsleitung übernimmt OB-Stellvertreter StR Banholzer.

Der Gemeinderat beschließt jeweils einstimmig:

1. Die Wahl des Oberbürgermeisters der Großen Kreisstadt Schramberg findet am Sonntag, den 24. September 2006 statt. Eine evtl. erforderliche Neuwahl findet am Sonntag, den 15. Oktober 2006 statt.
2. Die Stelle des Oberbürgermeisters der Großen Kreisstadt Schramberg wird in „bwWoche – Der Staatsanzeiger für Baden-Württemberg“ Ende Mai, Anfang Juni ausgeschrieben.
3. Das Ende der Bewerbungsfrist für Bewerbungen für die Wahl des Oberbürgermeisters wird auf Dienstag, den 29. August 2006 und für die evtl. Neuwahl auf Donnerstag, den 28. September 2006 festgesetzt.
4. Als Vorsitzender des Gemeindewahlausschusses wird der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Herr StR Helmut Banholzer, und als dessen Stellvertreter, Herr Peter Weisser, Fachbereich Recht und Sicherheit, gewählt. Als Beisitzer und Stellvertreter werden gewählt:

Beisitzer	Stellvertreter
Paul Flaig	Thomas Brantner
Albert Bäumer	Reinhard Großmann
Martin Kuhner	Franz Rapp
Elke Brezger	Caroline Mahlke

5. Es werden Bewerbervorstellungen in der Talstadt oder in Sulgen sowie in Waldmössingen und Tennenbronn am 18., 19. und 20. September durchgeführt.

Verteiler:
FB 2

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 28

§ 27

Bäderkonzeption Schramberg

Beratungsgrundlagen Vorlagen Nr. 31/2006, 43/2006 und 44/2006

OB Dr. Zinell:

Der Beschlussvorschlag sei nach der Beratung des Ausschusses für Umwelt und Technik modifiziert worden. Es sei heute nicht der richtige Zeitpunkt, Grundsätzliches zum Bäderkonzept zu diskutieren und zu beschließen. Es gehe heute auch um ein Bekenntnis zum Tennenbronner Freibad, indem man möglichst schnell Zeichen setzen wolle durch Investitionen. Die Modifizierungen sehe er langfristig. Er wehrt sich gegen Angriffe aus dem Hinterhalt, die den Vorwurf der Unehrlichkeit bei der Diskussion um das Kombibad in den Raum stellen. Die Kombibadidee sei daran gescheitert, dass die Nachbargemeinden nicht zu einer Beteiligung bereit gewesen seien. Hinzu gekommen sei die Eingemeindungsdiskussion Tennenbronn, die der Gemeinderat aber einstimmig mitgetragen habe. Die Stadt sei nach wie vor mit Grundstückseigentümern in Gesprächen. Allerdings sei von dort Zurückhaltung zu verspüren, weil die Eigentümer zunächst wissen wollten, was konkret auf ihren Grundstücken geschehen solle. Wenn der Stadt ein Grundstück angeboten worden wäre, hätte die Stadt es gekauft. Das aufgebrachte Gerücht, dass Grundstücksverhandlungen im Wittumgelände schon vor der Diskussion um die Eingemeindung Tennenbronn eingestellt worden seien, entbehre jeglicher Grundlage. Der Beschlussvorschlag heiße nicht, dass Ideen, die von Außen herangetragen werden, nicht mittel- und langfristig diskutiert werden können.

Herr Kälble:

erläutert das Bäderbuskonzept. Das Gerüst dieses Fahrplankonzepts koste ca. 27.000,- € , davon entfielen ca. 16.000,- € auf Wochenendfahrten, der Rest auf die Durchbindung bzw. Ergänzung bestehender Linien über den Haltepunkt beim Freibad und die zusätzliche Fahrt um 9.30 Uhr, die ca. 4.000,- € koste. Die Anbindung der Schüler vom Stadtteil Sulgen nach Tennenbronn habe verbessert werden können, indem die Abfahrt in der Talstadt um 14.30 Uhr festgelegt wurde. Dies bedeute einen zusätzlichen Aufwand von ca. 800,- €. Leider könne das Bäderticket in der bisherigen Form nicht mehr angeboten werden. Fahrgäste hätten also den normalen Fahrpreis zu bezahlen. Für Erwachsene falle somit für Hin- und Rückfahrt ein Fahrpreis von 2,80 € und ein Eintrittspreis von 2,50 € an, für Kinder jeweils die Hälfte. Es sei zu berücksichtigen, dass 80 % der Kinder und der jugendlichen Nutzer über eine Schülerfahrkarte verfügten, mit der auch die Linie zum Freibad Tennenbronn kostenlos genutzt werden könne.

Herr Kammerer:

erläutert die in der Tischvorlage dargestellten Busverbindungen.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 28

§ 27, Seite 2

OB Dr. Zinell:

Im Rahmen der Diskussion um den Erhalt des Tennenbronner Freibads habe die Gemeinde Hardt seinerzeit signalisiert, dass sie sich finanziell beteiligen wolle. Er habe angesichts der neuen Situation bei der Gemeinde Hardt nochmals angefragt und heute schriftlich eine Absage hinsichtlich einer Mitfinanzierung erhalten. Die Gemeinde Hardt habe ihre Zusage im Hinblick auf die Finanzsituation der Gemeinde Tennenbronn und auch im Hinblick auf einen möglichen steuerlichen Querverbund abgeben.

StR Himmelheber:

Er sei erfreut, dass die Naturbadidee entgegen der ursprünglichen Vorlage nun aufgenommen worden sei. Er fragt an, welchen Umfang die geplanten Ertüchtigungsmaßnahmen hätten. Wenn hierzu beispielsweise eine Sanierung der Heizung o.ä. gehören würde, dann müsse man alternativ diese Naturbadidee prüfen. Wenn mit „mittelfristig“ 5 Jahre gemeint seien, dann könne er mit dem Beschlussvorschlag leben.

OB Dr. Zinell:

verweist auf die Verpflichtung im Eingemeindungsvertrag Tennenbronn.

StR Bauknecht:

Der Bäderbus sollte künftig im ÖPNV aufgehen. Man könne so vielleicht mehr erreichen. Wie wichtig Ziff. II.7 der Vorlage Nr. 44/2006 sei, zeige der Umstand, dass man jetzt in 40 Minuten mit dem Bus von Waldmössingen zum Tennenbronner Freibad gelangen könne. Bisher seien dafür 1,5 bis 2 Stunden erforderlich gewesen. Er sieht hier insgesamt Verbesserungspotential.

StR Flaig:

bemängelt den Wegfall des Bädertickets. Viele Jugendliche in Schramberg oder in Sulgen hätten keine Schülerkarte. Für sie ergebe sich eine Verteuerung.

Herr Kammerer:

Die Stadt hätte das Bäderticket gerne weiter angeboten. Dazu bedürfe es aber Partner. Die SBG sei nicht bereit gewesen, weiter mitzumachen. Ein Bäderticket könnte nur dann angeboten werden, wenn die Stadt bereit gewesen wäre, den Differenzbetrag zu erstatten.

StRin Pfundstein:

bittet auch um Berücksichtigung von Heiligenbronn und Brambach beim Bäderbus.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 28

§ 27, Seite 3

StR Richter:

fragt an, was ein Jugendlicher aus Waldmössingen zahlen würde, um mit dem Bus von Waldmössingen nach Tennenbronn ins Bad zu kommen.

Herr Kammerer:

Wenn er Inhaber einer Schülermonatskarte ist, was wahrscheinlich sei, müsse er nichts zusätzlich zahlen.

StR Richter:

fragt an, was ein Sulgener Schüler, der keine Monatskarte habe, zahlen müsse.

Herr Kammerer:

Der Fahrpreis liege für den Schüler bei 1,80 € für Hin- und Rückfahrt und bei 1,25 € für den Eintritt.

OB Dr. Zinell:

Um in das frühere Schramberger Freibad zu kommen, hätte dieser Schüler aus Sulgen den gleichen Betrag bezahlen müssen, insofern ergebe sich keine Verschlechterung zur früheren Situation.

StR Fahrner:

bedauert die Haltung der Gemeinde Hardt hinsichtlich der Beteiligung am Freibad Tennenbronn. Man solle in der Diskussion das Thema Freibad nicht mit der Situation des ÖPNV überlagern. Er sei froh, dass man in Sachen ÖPNV externen Sachverständigen nutzen wolle, um insbesondere Tennenbronn aber auch die anderen Stadtteile besser einbinden zu können.

StR Kuhner:

fragt an, ob man denjenigen, der den ÖPNV nutzt, nicht beim Eintritt subventionieren könne.

OB Dr. Zinell:

schlägt vor, das Konzept dieses Jahr so laufen zu lassen. Man könne sich für das nächste Jahr Gedanken machen. Der Unterschied zum letzten Jahr sei der, dass die Stadt Schramberg nun den Abmangel für das Bad in Tennenbronn zu tragen habe.

StR Bauknecht:

verweist darauf, dass der Bäderbus aus der damaligen Situation um die Entscheidung über das Schramberger Freibad entstanden sei. Man biete in Tennenbronn günstige Eintrittspreise.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 28

§ 27, Seite 4

StR Klaussner:

Für Familien ab drei Kindern gebe es einen Familienpass. Dieser werde wohl auch zu einem verbilligten Eintritt ins Freibad führen, wie dies im Hallenbad bereits der Fall sei.

StR Neudeck:

Tennenbronn sei bald ein Stadtteil von Schramberg. Nur weil eine städtische Einrichtung in einem Stadtteil angesiedelt sei, müsse der Fahrpreis nicht subventioniert werden.

StR Banholzer:

stellt den Antrag, die Linie um 9.30 Uhr zum Tennenbronner Freibad außerhalb der Ferienzeiten zu streichen.

StRin Bendigkeit:

Diese Linie brauche man außerhalb der Ferienzeiten dringend für ältere Menschen, die nicht mit dem Auto nach Tennenbronn ins Freibad fahren könnten.

StR Fahrner:

schlägt vor, dass man mit dieser Linie in diesem Jahr Erfahrungen sammeln solle und im nächsten Jahr entscheiden könne.

Der Gemeinderat lehnt den Antrag von StR Banholzer mehrheitlich ab.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Der Gemeinderat nimmt von der Eilentscheidung zur Sanierung des Freibads Tennenbronn zustimmend Kenntnis.
2. Die Idee eines von der Raumschaft getragenen und finanzierten Kombibades wird derzeit nicht weiter verfolgt, ebenso soll vom Bau eines Naturbades im Bernecktal Abstand genommen werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die kurz- und mittelfristige Umsetzung von Ertüchtigungsmaßnahmen des Freibades Tennenbronn und des Hallenbades Sulgen vorzulegen. Ferner sollen langfristige Perspektiven für die Bäderlandschaft in Schramberg unter Einbeziehung der Ergebnisse des Kommunalleitprozesses, der bürgerschaftlich erarbeiteten Studie „Schwimmdorf“ und der angesprochenen Naturbadidee aufgezeigt werden. Die Konzeption soll unter bürgerschaftlicher Beteiligung, insbesondere der am Wassersport interessierten Vereine und Gruppen erarbeitet werden. Unter der Leitung des Eigenbetriebs der SWS soll hierzu eine Projektgruppe installiert werden.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 28

§ 27, Seite 5

4. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, ein städteplanerisches Konzept für die Verwertung des Freibadgeländes im Bernecktal zu entwerfen. Dabei sollen auch die im AUT am 16.03.2006 und im Gemeinderat am 23.03.2006 notierten Ideen aus den Gremien berücksichtigt werden.
5. Der Gemeinderat beschließt, sich nicht mit einem Zuschuss an der möglichen Wiederinbetriebnahme des Hallenbads Lauterbach zu beteiligen.
6. In der Freibadsaison 2006 wird der Bäderbus auf das Freibad Tennenbronn konzentriert. Basis ist der dem Angebot der Firma Reisebüro Burri-Fichter GmbH zugrunde gelegte Fahrplan.
7. Für die Zukunft soll mit dem Landratsamt und den Trägern des ÖPNV ein Konzept zur Verbesserung des Personennahverkehrs von und nach Tennenbronn unter Einbeziehung der Anträge der CDU-Fraktion erarbeitet und zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Dabei soll auch der externe Sachverständige eines Nahverkehrsberaters genutzt werden.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 28

**Prüfungsbericht und Feststellung des Jahresabschlusses 2004 Stadtwerke
Schramberg Eigenbetrieb e.K.**

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 37/2006

Frau Roth:
erläutert die Vorlage.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Dem Beschlussvorschlag nach Vorlage Nr. 37/2006 wird zugestimmt.

Verteiler:
RPA, SWS

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 29

Schlussbericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2004 der Stadt Schramberg und Feststellung der Jahresergebnisse

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 38/2006

Frau Roth:
erläutert die Vorlage.

OB Dr. Zinell:
bedankt sich für die Arbeit des Rechnungsprüfungsamts.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamts über die Prüfung der Jahresrechnung 2004 wird zur Kenntnis genommen. Die Jahresrechnung der Stadt Schramberg für das Haushaltsjahr 2004 wird mit den ausgewiesenen Beträgen – wie im Rechenschaftsbericht der Kämmerei dargestellt (vgl. Anlage zur Vorlage Nr. 38/2006) -, gem. § 95 Abs. 2 GemO festgestellt.

Verteiler:
FB 1.2, RPA

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 30

Allgemeine Finanzprüfung der Stadt Schramberg und der Eigenbetriebe - Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) vom 22.2.2006

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 39/2006

Frau Roth:
erläutert die Vorlage.

StR Banholzer:
Im Rechenschaftsbericht habe Frau Roth vorhin von einer Pro-Kopf-Verschuldung von 118,-- €/Kopf berichtet. Im Bericht der GPA sei ein Betrag von 57,-- €/Kopf ausgewiesen. Er bittet, diesen Widerspruch aufzulösen.

Herr Hug:
verweist darauf, dass bei den 118,-- €/Kopf auch Kreditermächtigungen, die nicht ausgeschöpft seien, eingeflossen seien.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 31

Bürgerfragestunde

Hier wird das Wort nicht gewünscht.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 23. März 2006

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 32

Bekanntgaben, Anfragen und Anregungen

1. Kommunale Leitbilder

Herr Moser:

berichtet über Verzögerungen bei dem Projekt „Fortschreibung Kommunaler Leitbilder“ bedingt durch Aufgaben im Zusammenhang mit der Eingemeindung Tennensbronn. Man habe inzwischen die Herstellung einer Präsentation der Ergebnisse der Bürgerforen bei einer Agentur in Auftrag gegeben. Er gehe davon aus, dass die Präsentation in einer Bürgerversammlung bis Juni erfolgen könne.

2. Haushaltserlass

Herr Hug:

gibt den Haushaltserlass für den Haushaltsplan 2006 bekannt.

Verteiler:

FB 1.2